Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Traeger.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 287 | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 9. Dezember 1919. | Jahrgang 1.

Nicht das ist das Größte, daß ich schuldlos bin, weil ich Schuld noch nicht kenne, sondern das ist groß, daß ich schuldlos bleibe, trotz des Kampfes mit der Schuld und aus ihm heraus. D. Hermann Bezzel.

Werturteil.

Ein Nekrolog von D. Dr. v. Campe (Minden).

Was ist ein Werturteil, was eine Tatsache? so rief Ludendorff empört aus, als ihm der Vorsitzende des nun glücklich zu Tode gehenden Untersuchungsausschusses Bekundungen über „die Hetzereien und Wühlereien der Unabhängigen im Heer und in der Marine" mit dem Bemerken untersagte, daß das Werturteile seien. Der Ausschuß befasse sich nur mit Tatsachen, nicht mit Werturteilen. Er fügte hinzu, „ der Eid verbiete nur die Verschweigung von Tatsachen, nicht von Urteilen".

Ja, was sind Tatsachen, was Urteile! Der Logik ist auch der einfachste Satz, die einfachste Bekundung ein Urteil. Jede Verbindung von Subjekt und Prädikat zu einem Satze ist ein Urteil. — „Der Vater schlägt den Sohn," d. h. von dem Vater wird ausgesagt, wird geurteilt, daß er den Sohn schlage; so lernt es schon der ABC-Schütze. Ja, noch einfachere Sätze wie der: es regnet, sind Urteile.

Gewiß. Zeugenaussagen erstrecken sich nur auf Tatsachen. Zeugen sollen über Gegenstände ihrer Wahrnehmung aus der Vergangenheit aussagen. Nichts weiteres. Sie sollen keine Schlüsse ziehen, die von ihnen bekundeten Tatsachen insbesondere nicht von einem fachkundigen Standpunkt aus, dem der Heilkunde, der Sittlichkeit, der Politik, der Baukunde usw., beurteilen. Sie sollen keine Urteile abgeben; d. i. Sache des Sachverständigen. In groben Linien sind diese Unterschiede leicht festzuhalten. Im Leben selbst vermischen sie sich zu oft. Zunächst ist das klar: Ist auch für die Logik begrifflich jede Aussage ein Urteil, so ist doch jedes solche Urteil nichts wie die Bekundung einer Tatsache, sofern es sich beschränkt auf die nackte Wiedergabe einer Sinneswahrnehmung, sofern sich also die geistige Tätigkeit beschränkt auf die Aufnahme des Sinneseindruckes und dessen Wiedergabe in Worten ohne irgendwelche sonstigen geistigen Reflexionen. Aber die Bekundung schon der einfachsten Tatsache kann sich der Abgabe eines Urteils nähern. „Es regnet," sagt der eine, „nein", meint der andere, „es tröpfelt von den Bäumen." Beide sahen den Tropfenfall; der eine nahm ohne weiteres an, daß die Tropfen aus einer Wolke kämen, er schloß aus dem Tropfenfall, daß es regne. Der andere, der vielleicht näher zusah, mit anderen Wahrnehmungen kombinierte, schloß, daß es von den Bäumen tröpfelte. Beide urteilen schon, jedenfalls der letztere. — „Der Mann schlug das Kind," sagt der Zeuge aus. „Aus welcher Entfernung sahen Sie es, war es dunkel?" fragt der Richter. Es war schon etwas dunkel, der Zeuge war 100 Schritte entfernt. Es wird festgestellt, der Mann schlug auf das Kind zu, traf es aber nicht, das Kind schrie aus Angst. Aus dem Zuschlagen und Schreien schließt, urteilt der Zeuge auf ein Schlagen und Treffen. Ist,s ein Urteil, eine Tatsache? — „Ich sah auf 100 Schritt Entfernung" — das ist die Bekundung einer Tatsache, wenn ich die hundert Schritt abgeschritten habe. Wird sie nicht zur Abgabe eines Urteils, wenn die Aussage lediglich auf Schätzung beruht? In all diesen Fällen geht die Bekundung einer Tatsache schon in die Abgabe eines Urteils über, das in die ihm zugrunde liegenden Tatsachen aufgelöst werden könnte. Nichtsdestoweniger sprechen wir von Tatsachen. Jedenfalls so lange, wie es sich um ganz einfache Beobachtungen wie hier oder, wenn es sich um Urteile und Schlußfolgerungen handelt, die jeder normale Verstand anstellen kann und täglich anstellt. All solche Urteile fallen daher unter den Zeugeneid. Sie werden erst dann zu Urteilen, deren Abgabe nicht Sache des Zeugen ist, wenn eine etwas kompliziertere Kombination vorliegt, wenn verschiedene Einzelbeobachtungen zu einer in sich geschlossenen Gesamtbeobachtung zusammengefaßt werden, insbesondere dann, wenn diese Zusammenfassung eine besondere Sachkunde erfordert. Der Übergang ist hier nicht immer haarscharf festzustellen. Der Richter kennt daher zwischen Zeugen und Sachverständigen noch sachverständige Zeugen. Diese sollen Tatsachen bekunden, nicht Urteile abgeben, aber sie können die Tatsachen in ihrer eigentlichen Bedeutung nur auf Grund besonderer Sachkunde erkennen. Es ziehen Wolken auf. Der Landwirt, der Seemann, der Waldarbeiter erkennt sie trotz klaren Himmels als Wetterwolken — an der Form, an der Färbung, aus der Richtung, in der sie aufziehen, aus Begleitumständen, etwa aus dem Benehmen der Tiere u. a. m. Ist's ein Urteil, ist's eine Tatsache, wenn der eine von jenen Erscheinungen als aufziehenden Wolken, der andere als von Dunst am Horizont spricht?

Werturteile — darunter kann sein geistiger Vater, der Untersuchungsausschuß, nur Urteile verstehen, die eine Beobachtung aus einem der Beobachtung selbst fremden Gesichtspunkte, dem der Politik, Sittlichkeit u. a. m., würdigen. Der Knabe weinte erbärmlich, d. h. nicht etwa nur, er weinte stark — schon das wäre ein Urteil —, sondern d. h. so, daß es Mitleid erregte. — Der Mann schlug unverantwortlich, d. h. er ging mit dem Schlagen über das Maß dessen hinaus, was nach dem Grade, in dem etwa der Schlagende gereizt war, oder nach dem Kräfteverhältnis der Streitenden oder dem Zustande des Geschlagenen geboten war. Das sind Werturteile vom Standpunkte des Gerechtigkeitsgefühls oder von dem der Erfahrung aus, was einem Körper zugemutet werden kann. Aber selbst solche Zweifel fallen oft noch unter den Zeugeneid, wiewohl der Richter je nach dem Einzelfall die Tatsachen erfragen wird, auf die sich diese Urteile stützen. Oft läßt sich ja die einfachste Tatsache wahrheitsgemäß gar nicht durch rein tatsächliche Begriffe, sondern nur durch Werturteile dieser Art beschreiben.

Wenn nun schon bei solch einfachen Tatbeständen Tatsachen und Urteile sich nicht streng scheiden lassen, ja wenn schon eine solch einfache Tatsache gar nicht anders als durch Hinzufügung eines Werturteils beschrieben werden kann — um wie viel mehr muß dies der Fall sein, wenn es sich um die Beobachtung komplizierter Tatbestände, wenn es sich um Beobachtung und Feststellung der Zusammenhänge von Begebenheiten handelt, deren jede einzelne in ihrer Bedeutung für das letztlich zu bekundende Ereignis (Krieg, Frieden) nicht so ohne weiteres erkennbar ist, und wenn dieses Ereignis nicht lediglich ein äußerer Hergang, sondern eine Begebenheit von politischer Bedeutung ist, also ohne weiteres einem Werturteile unterliegt. Die erste Frage, die an Hindenburg gerichtet war, lautete: Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar für unaufschiebbar — und aus welchen Gründen? Es wird die Aussage über ein Urteil der O. H. L. gefordert und über die Gründe für dieses Urteil. Es ist doch klar, daß dieses Urteil sich nur auf einem Komplex von Einzeltatsachen und auf deren Wertung aufbauen kann. Wir standen 10:6 in Frankreich. Der Krieg wurde immer mehr Materialkrieg. Schon die Somm.schlacht war eine Materialschlacht. Darin hatten die Feinde unermeßliche Hilfsquellen. Unsere Reserven erschöpften sich. Siegeswille. Siegeszuversicht sind an sich schon Machtmittel, unter solchen Umständen unumgängliche. Heimat und Heer können nur e i n e Stimmung haben; das Heer war ja Volksheer. Die Heimat mußte diesen Willen stärken. Sie wurde schwach, versagte. Die Innenpolitik verstand es nicht, die Heimat zu festigen. Parteiinteressen trieben Heer und Heimat auseinander. Dem galt es entgegenzuwirken. Das mißlang. So zerfiel der Siegeswille. Der Sieg zu Lande wurde so bei der Übermacht unmöglich. Der Feind wollte Vernichtung, nicht Verständigung. Da galt es, das letzte Mittel, den U-Bootkrieg, unumschränkt aufzunehmen. Er sollte die Front entlasten, dem Feinde solche Nachteile zuzufügen, daß er friedensbereit wurde auch ohne unsere Vernichtung. So wurde der U-Bootkrieg zur Pflicht. Er war unser letztes Mittel. — So viele Tatsachen, so viele Urteile und fast ebensoviele Werturteile militärischer, sittlicher, politischer Natur.

Ich glaube, alle Weisen zusammengenommen, die es seit dem Jahre 1 nach Schaffung der Welt gegeben haben mag, könnten die gestellte Frage nicht ohne diese oder ähnliche Werturteile beantworten. Und da verkündet der Ausschuß: Sein Zweck sei. „Aufklärung und Feststellung von Tatsachen, Ursachen und politischen Zusammenhängen" zu schaffen. Das sei auch für die Zeugen bindend, „die in ihren Aussagen sich aller Werturteile zu enthalten haben". Ja, wer die Ursachen, die militärischen und politischen Zusammenhänge, die zum Zusammenbruch trieben, überzeugend darlegen, wer als in diesen Zusammenhängen an oberster und verantwortlichster Stelle stehend diese Dinge darlegen soll, wie sie auf seine Entschlüsse einwirkten, ja, der muß doch sagen, wie er innerlich dazu stand, wie er sie militärisch und politisch wertete, er muß doch sagen, daß gewisse Treibereien in der Heimat nach seiner Überzeugung zersetzend, Siegeswillen störend, den Sieg unmöglich machend wirkten. Wer die Frage ohne solche Urteile beantworten kann — kann mehr als Hindenburg. Ohne sein Urteil, ohne sein inneres Denken und Bewerten dieser Vorgänge kundzugeben, kann er sich nie Glaubwürdigkeit verschaffen; er würde dem Hörer all die Momente vorenthalten, aus denen ein Richter sich die festesten Grundlagen für seine Überzeugung schafft. Die Schlüssigkeit seiner Entschlüsse, die subjektive Glaubwürdigkeit läßt sich gar nicht anders erweisen. Es ist Pflicht des Urteilenden, sie zuzulassen. Jeder Zeuge hat ein Recht darauf. Der Eid gibt ihm mit der Pflicht zur Vollständigkeit dieses Recht. Nur ein Mangel an der für einen Vorsitzenden nötigen Erfahrung konnte Herrn Gothein über all diese Dinge mit der Bemerkung hinweggehen lassen, der Eid verbiete nicht die Verschweigung von Urteilen. Das ist einfach, aber oberflächlich. Es ist zudem eine Vergewaltigung der Zeugen, fremd der Sache gegenüber. Es ist ihre Sache, ihr weltgeschichtliches Tun, ihr vaterländisches Handeln, ihre Ehre — und da sollen sie nicht reden dürfen! Unglaublich! Von den Ententegerichtshof im Hintergrunde ganz zu schweigen!

An diesem inneren Widerspruch — neben anderen — ist der Untersuchungsausschuß verstorben. Verstorben? Nein, einstweilen vertagt. Aber das ist der Todesweg. Mag sein, daß er aufersteht. Aber dann hoffentlich nur in lebensfähiger Gestalt. So war er ein betrüblichstes Zeichen politischer Unreife, um nicht mehr zu sagen. Man verschleiert heute noch den Gang zum Kirchhof. Es solle nur eine andere Art des Verfahrens eingeführt werden. Man wolle den Zeugen ganz bestimmte Fragen vorlegen und auf diese eine einfache Antwort verlangen. Ich hoffe, wir haben trotz allem noch politische und juristische Vernunft genug, um diese Verbalhornisierung nicht vorzunehmen. Auch das ginge ja nicht ohne Werturteile. Jeder Jurist weiß zudem, daß man Zeugen ausreden läßt, wenn man wissen will, was geschehen ist. Wer nur frägt, bekommt Antwort nur auf seine Fragen. Wer nur frägt, läuft Gefahr, die Wahrheit nur im Rahmen derjenigen Vorstellung zu erfahren, die er sich schon von der Vergangenheit gemacht hat. Ein Feststellungsverfahren, das sich auf die Beantwortung bestimmter Fragen beschränkt, ist immer einseitig, voreingenommen. Die Garantie erschöpfender Feststellung bietet es nie. Ein artikuliertes Verfahren ist eine juristische Ungeheuerlichkeit, die seit dem Mittelalter überwunden sein sollte. Aber an solchen Ungeheuerlichkeiten ist dies Verfahren ja so überreich.

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer einen Zeugen, der unter Eid steht, auf bestimmte Fragen beschränkt, bringt diesen mit Eid und Gewissen in Konflikt. Die Wahrheit, die volle, alles umfassende Wahrheit kann ich — von den einfachsten Beobachtungen abgesehen — nur im freien Bericht künden. Der erfahrene Richter weiß, wie Nebensächliches, das ein Zeuge aus sich berichtet und auf das der Richter von vornherein gar nicht kommen, auf das er daher seine Fragen auch nicht einstellen konnte, nur zu oft die Grundlage für die eigentliche Wahrheitsermittlung wurde. Werden wir Vernunft, Takt und nationale Würde genug haben, uns diese erneute Auflage zu ersparen? Nun, ich hoffe. Tote soll man schlafen lassen.

„Hann. Kurier".

Die Negerfrage.

„Von allen amerikanischen Bevölkerungsfragen ist die Indianerfrage die harmloseste; die weitaus schwierigste aber ist die Negerfrage." So beginnt der im Weltkriege gestorbene oder vielleicht auf Betreiben Englands ermordete deutsch-amerikanische Professor Münsterberg in dem Werke: „Die Amerikaner" das Kapitel über die Negerfrage.

In Deutschland, ja in Europa ist man meistens der Meinung, seit Beendigung des Sklavenkrieges bestehe überhaupt die Negerfrage in Amerika nicht mehr. Diese Meinung ist grundfalsch. Sie ist, im Gegenteil, brennender als je zuvor. Nicht nur hat sich die schwarze Bevölkerung in Amerika in vier Jahrzehnten verdoppelt (von rund 4 Millionen im Jahre 1860 vor der Befreiung ist sie im Jahre 1900 auf 8 800 000 gestiegen, heute beträgt sie etwa 10 Millionen), sondern, während vor 1860 nur die Südstaaten von Schwarzen bewohnt waren, ist es heute auch der Norden, der stark mit schwarzer Bevölkerung durchsetzt ist. Und vor allem: Der Weltkrieg hat das Selbstbewußtsein der Neger mächtig gestärkt. Durch die Heranziehung vieler Tausende von Negern zum Heeresdienst, durch die Anerkennung, die diesen Truppen wegen ihrer Leistungen im Felde in Amerika zuteil geworden ist, hat sich bei ihnen das Rassebewußtsein mächtig entwickelt; sie fühlen sich ebenbürtig, und das hat Überhebung zur Folge, die auf die Weißen aufreizend wirkt und dann, sobald eine Untat von seiten eines Negers geschieht, zu Blutvergießen führt. Schon vor dem Kriege waren Lynchgerichte und Negerhetzen im Süden keine Seltenheiten, heute aber hat der Rassenhaß auch im Norden der Vereinigten Staaten Fuß gefaßt, auch die hoch entwickelten Städte des Nordens sind der Schauplatz schauderhafter Negerhetzen gewesen, so daß amerikanische Zeitungen mit Entsetzen fragen: „Was muß man drüben in der alten Welt von solchen Hetzen denken? Etwa, daß es Reinkulturen in Demokratie und Menschlichkeit sind?" Die Frage ist also die: Der Neger fühlt sich nunmehr in den Vereinigten Staaten dem Weißen gleichberechtigt und ebenbürtig. Bisher steht aber die Gleichberechtigung nur auf dem Papier. Der Schwarze verlangt nunmehr, daß sie in die Tat umgesetzt werde. Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Negerfrage in der Neuen Welt: Von einem Geschlecht zum andern hatte der Weiße den Schwarzen als Ware betrachtet; aus der Wildheit des Afrikanertums war der Neger mit Gewalt herausgeholt, damit er auf den Baumwoll-, Reis- und Tabakfeldern des weißen Herrn die schwere Arbeit verrichte, ohne Rechte und ohne Unterricht. Da mit einem Schlage wurde er ein freier, gleichberechtigter Bürger eines Reiches, das die Kulturarbeit zweier Jahrtausende in seinem Können, in seinem Wissen, in seinem Recht und in seiner Verfassung zur Voraussetzung hatte. Wie hat diese Befreiung auf die Millionen gewirkt? Das erste Jahrzehnt war eine Zeit der Unruhe, ein fast erschrockenes Bewußtsein der physischen Freiheit mit allen Nachwirkungen des furchtbaren Krieges, mit den Schrecken der südlichen Geheimgesellschaften, die auf Rache sannen, mit den Verwirrungen, die gewissenlose Politiker in den vom Kriege erschütterten Südstaaten schufen, um im Trüben zu fischen, mit tausend Widersprüchen in den Gefühlen der öffentlichen Meinung: nirgends ein festes Ziel. Dann kam die Zeit, in der alle Hoffnung sich einheitlich auf die Ausnutzung der politischen Macht warf. Der Neger wollte und sollte mit dem Stimmzettel sein Glück erringen; immer lebhafter aber empfand er die Hoffnungslosigkeit. Ein besserer Weg war offen: die Schulbücher enthielten das Heil. Aber auch hier sah er bald grausame Sackgassen: nicht Wissen, sondern Können tat ihm not, nicht Bücher, sondern Handwerk.

So wechselten die Schlagworte. Niemals sank die Hoffnung der Schwarzen, und man muß, wenn man gerecht sein will, hinzufügen, niemals fehlte es am guten Willen der Weißen, und dennoch ist das Endergebnis nach 4 Jahrzehnten der Freiheit entmutigend und kläglich. Äußerlich betrachtet, schien vor dem Weltkriege vieles von großem, fast glänzendem Erfolg zu sprechen: Die Neger haben 450 Zeitungen, durch 30 000 schwarze Lehrer erhält die Hälfte der Negerkinder regelmäßigen Schulunterricht; 41 Lehrerseminare, mehr als 1000 schwarze Ärzte und Hunderte von Rechtsanwälten; 4 große Banken usw. Und dennoch: diese Zahlen erwecken einen täuschenden Schein. In Wirklichkeit steht es so: Ein kleiner Teil der Neger hat ehrliche Fortschritte gemacht; aber der größere Teil steht heute rein menschlich tiefer als vor der Sklavenbefreiung. Ja, die große Masse der schwarzen Bevölkerung war, wenn man allein vom Nützlichkeitsstandpunkt aus alles nur nach bloßem Glücksgefühl bemessen will, glücklicher zu der Zeit, wo sie die Sklavenketten trug: die Zeit von heute peitscht sie grausamer, als der Herr oder sein Sklavenvogt auf der Plantage es konnte. Der Neger, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, ist zum großen Teil verwahrlost, heute mehr als vor dem Weltkriege, und was er in vier Menschenaltern der Sklaverei gelernt hatte, nämlich stramm arbeiten, das hat er in 4 Jahrzehnten der Freiheit schon zum großen Teil wieder verlernt, wenn auch die gewaltigen Baumwollernten der Südstaaten fast ausschließlich schwarzer Arbeit entstammten. (Münsterberg.) Der Anthropologe muß fragen: Ist die schwarze Rasse überhaupt befähigt, sich zu den Höhen zu entwickeln, zu denen die weiße Rasse in Jahrtausenden stetigen Fortschritts und stetiger Arbeit emporgestiegen ist? Der Sozialpolitiker aber kann solche Betrachtung zunächst außer acht lassen; er steht vor der Tatsache, daß der afrikanische Neger diese Schulung von Jahrtausenden bisher nicht genossen hat und somit, auch wenn die Möglichkeiten theoretisch ihm zuzuerkennen wären, er praktisch doch eben heute für die Pflichten der höchsten Kultur innerlich unvorbereitet ist. Unter der scharfen Zucht der Sklaverei überwand er seinen Zug zur Trägheit, lernte nützliche Arbeit, Feldarbeit in erster Linie, aber daneben auch vielerlei Handwerk, wie es die Dienste auf den Gütern der Großgrundbesitzer erheischten, war so ein nützliches Glied der wirtschaftlich organisierten Gesellschaft und war im übrigen aller Sorgen enthoben: sein Besitzer gab ihm Wohnung und Nahrung, sorgte für ihn in Krankheit und schützte ihn, wie man kostbares Eigentum schützt.

Doch nun veränderte sich alles das plötzlich, als die große Zeit der Freiheit kam. Niemand zwang ihn mehr zur Arbeit, widerstandslos konnte er jetzt seiner Sehnsucht nach dem Nichtstun folgen; niemand strafte ihn mehr, wenn er sich der Sinnlichkeit und Faulenzerei ergab; aber, auf der anderen Seite, niemand sorgte für ihn jetzt; er war sein eigener Meister geworden und blieb doch nur sein eigener Sklave. Er wurde hinausgestoßen in den Kampf ums Dasein, und je weniger er gezwungen war, zu lernen, desto weniger war er für den Kampf vorbereitet. So bildete sich eine wachsende Masse verkommenen Negertums, in der die Unsittlichkeit und das Verbrechertum wuchern konnten. Und das schwere Gewicht dieser Masse zog oft auch die Besseren herab. Vor allem aber verstärkte sie hundertfach den Widerwillen der Weißen, und die Besten unter den Negern mußten büßen für die Faulheit, die Unzucht und die Unehrlichkeit der breiten Masse. (Schluß folgt.)

Säbelrasseln der Entente.

Die militärischen Maßnahmen des Marschalls Foch.

Wie in den Junitagen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland bringt die französische Presse heute wieder spaltenlange Hetzartikel mit offenen und versteckten Drohungen gegen Deutschland. Sämtliche Zeitungsnachrichten weisen darauf hin, daß Foch auf militärisches Eingreifen dringt, falls Deutschland die Unterzeichnung der neuen Protokolle ablehnt und die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllt. Es wird sogar behauptet, die neue Note, welche die Entente an Deutschland richten werde, habe den Charakter eines Ultimatums. Der Rat drohe, den ganzen Rheinbezirk, sowie Essen und Frankfurt zu besetzen, falls Deutschland nicht sofort unterschreibe.

Nach dem „Echo de Paris" haben Clemenceau und Foch auf der Notwendigkeit bestanden, gegenüber der Haltung Deutschlands seit mehr als einem Monat endlich zu einer Tat überzugehen. Nur ein Ultimatum könne die Alliierten von den dadurch hervorgerufenen Unzuträglichkeiten befreien. Marschall Foch habe erklärt, daß er durchaus in der Lage sei, die Drohungen dieses Ultimatums in die Tat umzusetzen. Es wäre heute noch möglich, die Pläne vom Juni zu verwirklichen, die damals Deutschland zur Unterzeichnung des Friedens gezwungen hätten.

Nach einer Meldung des Presse-Büro Radio soll der Oberste Rat in Paris der deutschen Regierung für die Antwort auf die Bedingungen der Alliierten eine Verlängerung der Frist von sechs Tagen bis zum 8. Dezember zugestanden haben.

Alle diese Ankündigungen der französischen Presse über ein bevorstehendes Ultimatum an Deutschland und die beabsichtigte Besetzung rechtsrheinischen Gebietes greifen jedoch ohne Zweifel den Beschlüssen des Fünferausschusses vor. Die Vorschläge des Marschalls Foch, die natürlich von Clemenceau eingegeben sind und von ihm unterstützt werden, sind noch Gegenstand der Diskussion unter den Regierungen der Entente.

Allem Anschein nach rechnet man in maßgebenden Pariser Kreisen immer noch mit der Anerkennung der Ententeforderungen durch Deutschland. Der „Information" zufolge hat nämlich Marschall Foch vom Obersten Rat bisher keine Ermächtigung zur Ergreifung militärischer Maßnahmen erhalten. Gerüchte über Truppenzusammenziehungen der Entente an der Grenze des besetzten Gebietes entbehren jeder Grundlage. Es fanden bisher nur Ablösungen von Besatzungen in der Pfalz und in Rheinhessen statt.

Kein Ultimatum zur Unterzeichnung.

Die Meldung des Pressebüros „Radio", wonach der Oberste Rat der deutschen Regierung für die Antwort auf die Bedingungen der Alliierten eine Verlängerung der Frist von sechs Tagen bis zum 8. Dezember zugestanden habe, wird von der Pressestelle des Auswärtigen Amtes in Berlin bestritten. Eine Note ultimativen Charakters sei bis Sonnabend nicht nach Berlin gelangt, weder jetzt noch früher.

Neue Kämpfe im Baltikum.

Einstellung der Bahntransporte.

Die Letten und Litauer haben das von der Ententekommission verbürgte Waffenstillstandsabkommen, das den deutschen Truppen ungestörten Abzug aus dem Baltikum bis zum 13. Dezember sichern sollte, durch erneute Angriffe auf die Bahnlinie gebrochen.

Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Lettische Streitkräfte sind auf der Linie Okmiany-Murajewo gegen die Bahnlinie vorgegangen. Die Eiserne Division hat unter dem Druck der Letten verschiedene an der Bahnstrecke liegende Orte geräumt. Das 6. Reservekorps hat sich durch die erneuten Angriffe veranlaßt gesehen, von weiteren Bahntransporten Abstand zu nehmen, um nicht die letzten Truppen und die Eisenbahner der Willkür der Letten auszuliefern. Es hat daher den Fußmarsch nach der deutschen Grenze angetreten. Die Deutsche Legion marschiert auf Laugszargen, die Eiserne Division auf Bajohren. Das Generalkommando des 6. Reservekorps geht in der Richtung auf Tilsit zurück. Mit dem Eintreffen der Truppen an der Grenze ist etwa um den 16. Dezember herum zu rechnen.

In der Umgebung von Schaulen und ganz besonders westlich davon kam es zu zahlreichen Kämpfen mit litauischen Banden. Infolge Nichtabgabe des Materials an die Litauer ist eine starke Spannung mit der interalliierten Kommission eingetreten.

In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember ist der Eisenbahnwagen der alliierten Offiziere auf dem Bahnhof Schaulen von Mannschaften eines Transportes mit Handgranaten beworfen worden. Eine Untersuchung ist im Gange.

Die Zukunft der Baltikumtruppen.

Die Regierung hatte seinerzeit die Truppen im Baltikum, die nicht zurückkehren wollten, ihrer Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt. Sie wurden als fahnenflüchtig bezeichnet, und alle Löhnung und Zufuhr wurde ihnen gesperrt. Als die Truppen erklärten, unter General Eberhard heimkehren zu wollen, mußte, wie Reichswehrminister Noske dieser Tage einem Pressevertreter erklärte, auch die Sperre der Löhnung und der Zufuhr aufgehoben werden. Die jetzt heimkehrenden Truppen sind demgemäß deutsche Staatsbürger, werden nicht als fahnenflüchtig betrachtet und erhalten bis zu ihrer gänzlichen Abrüstung Löhnung, Verpflegung und Ausrüstung. Die Abrüstungsorte sind auf das ganze Reich verteilt. Eine Uebernahme von Formationen der Baltikumtruppen in die Reichswehr ist ausdrücklich verboten. Es ist jedoch möglich, daß einzelne Heimkehrer aus dem Baltikum, die sich zu einer zwölfjährigen Dienstzeit verpflichten, in die Reichswehr aufgenommen werden. Für die Offiziere hat sich der Reichswehrminister für jeden einzelnen Fall die Entscheidung vorbehalten. Besondere Beachtung verdient eine Mitteilung des Ministers, wonach die erste Forderung der Ententekommission für das Baltikum bei den Verhandlungen in Tilsit war, daß die Baltikumsoldaten als Deutsche betrachtet werden müßten.

Deutschland will verhandeln.

Eine Rede des Reichskanzlers beim Empfangsabend des Vereins Berliner Presse.

Beim Empfangsabend des Vereins Berliner Presse im Berliner Rathaus am Sonnabend hielt der Reichskanzler Bauer eine Rede. Das Heil des ganzen Volkes und damit auch der Landwirtschaft, der er jede Förderung zusagte, liege in der Stärkung der Arbeitslust und des Arbeitswillens der Industriearbeiter, denn für alle gelte als Wahlspruch: nicht diskutieren, sondern produzieren. Uebergehend zu den Fragen der äußeren Politik führte der Kanzler aus:

Es ist verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, die Verhandlungen über das Schlußprotokoll und vor allem über die neuen, im Friedensvertrage nicht enthaltenen Forderungen seien von uns verzögert oder gar unterbrochen worden. Lassen Sie mich an die Tatsachen erinnern. Aus ihnen wird die Unrichtigkeit all dieser Behauptungen hervorgehen. Am 24. November ist der eine der zwei zu diesen Verhandlungen Bevollmächtigten, Herr v. Simson, nach Berlin zurückgekehrt, um neue Instruktionen einzuholen. Das Verharren der Entente auf ihren Strafforderungen machte diese Rückreise und eine neue Stellungnahme der Reichsregierung notwendig. Am 25. bereits ergingen diese neuen Instruktionen an den in Paris gebliebenen bevollmächtigten Unterhändler, den Herrn v. Lersner, der daraufhin sofort die Besprechungen fortsetzte. Am selben Tage kam die französische Note, in der der Oberste Rat sich mit der Abreise des Herrn v. Simson beschäftigt und Auskunft über die Absichten der deutschen Regierung verlangt. Am 28. empfing Herr v. Lersner auch darüber die eingehendsten Instruktionen, die er am Montag, dem 1. Dezember, in ausführlicher Unterhaltung Herrn Dutasta vortrug. Darin war unser Schiedsgerichtsvorschlag an erster Stelle enthalten und Herr Dutasta versprach, uns baldmöglichst die Antwort zukommen zu lassen, damit wir Unterhändler und Sachverständige zu den dann notwendig werdenden weiteren Verhandlungen entsenden können. Die Antwort steht heute noch aus, was wahrscheinlich keine Verzögerung von unserer Seite genannt werden kann. Wie sehr uns an der schleunigen Ratifikation und einer Errichtung des Protokolls gelegen ist, das mögen einige Stellen aus der Instruktion beweisen, die am 28. November nach Paris gegangen ist. Darin heißt es:

„Die ausgesprochenen Zweifel an der aufrichtigen Absicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung verwahrt sich gegen den Vorwurf, für die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert, seitdem warteten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkäme. Der deutsche Vertreter in Paris war seit langem mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrag stehen. Die deutsche Regierung **wünscht nach wie vor eine schleunige Herstellung des Friedenszustandes** durch Inkraftsetzung des Versailler Vertrages."

Der Reichskanzler schloß mit einem starken Appell, auf dieser Grundlage, auf der auch die übergroße Mehrheit von Volk und Volksvertretung stehe, zusammenzuhalten in Einigkeit und Recht.

Die Note an Deutschland fertiggestellt.

Einer Pariser Meldung zufolge hat der Oberste Rat, nachdem er sich mit den zu ergreifenden militärischen Maßnahmen gegen Deutschland beschäftigt hatte, am Sonnabend den Text der an Deutschland zu richtenden Note fertiggestellt. Ob die Note ultimativen Charakters ist, ist noch nicht bekannt.

Die französischen und englischen Zeitungen bleiben bei dieser Behauptung. Ein neuer Funkspruch besagt, daß eine Aufforderung an Deutschland zur Unterzeich-

nung des Protokolls gerichtet werden soll, welche einem Ultimatum gleichkommt, denn Deutschland wird darin mitgeteilt, daß die Alliierten bei einer Weigerung Deutschland Frankfurt und Essen besetzen werden.

Die deutsche Regierung kann durch solche Meldungen an der ruhigen Verfolgung ihrer Politik nicht gehindert werden. Die Entente mag entschlossen sein, Deutschland zu vernichten; sie kann aber nicht erwarten, daß Deutschland selbst sich freiwillig den Tod gibt. Zu erwägen bleibt, daß Deutschlands Vernichtung auch den Zusammenbruch feindlicher Länder, vor allem Frankreichs, zur notwendigen Folge hat. Deshalb ist zu erwarten, daß die Entente schließlich doch noch zur Besinnung kommt und erträglichere Bedingungen stellt.

Frankreich und England für Gewalt.

Zwischen Paris und London findet ein lebhafter Gedankenaustausch wegen der in Kürze eventuell gegenüber Deutschland anzuwendenden Zwangsmittel statt. Man kann sich des Eindrucks einer starken Nervosität in den diplomatischen und militärischen Stellen der Entente nicht erwehren. Frankreich und England sind bis zum Halse mit Mißtrauen gegen Deutschland angefüllt, von dem sie die phantastischsten Märchen über dessen kriegerische Rüstungen glauben. Die militärischen Machtmittel Frankreichs und Englands stehen bereit. Von Straßburg aus finden seit einigen Tagen starke Verschiebungen von Artillerie nach dem rechten Rheinufer statt. Die Rheinbrücke bei Kehl ist von zahlreichen Geschützen schweren Kalibers passiert worden.

Amerika ist, wie es scheint, daran in keiner Weise beteiligt. Ebenso auch Italien. Dort ist, wie bekannt, eine allgemeine, unverkennbare willensstarke Strömung für die Aenderung des Friedensvertrages im Sinne einer Milderung für die Unterlegenen vorhanden und für die politische Haltung Italiens in der Friedensfrage bestimmend.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 6. Dezember 1919.

Kultus-Etat.

Die zweite Beratung des Kultus-Etats wird beim Abschnitt Volksschulwesen fortgesetzt.

Abg. **Runge** (Soz.): Vor der Revolution hat man berechtigten Wünschen auf die Entwickelung unserer Schule nicht Rechnung getragen. Christentum und Sozialismus schließen sich durchaus nicht aus; eine Verständigung zwischen ihnen ist sehr wohl möglich.

Ministerialdirektor **Kästner**: Ich erfülle zunächst eine Ehrenpflicht, der 20 000 für das Vaterland gefallenen Lehrer zu gedenken. Der Frage der Schulaufsichtsbeamten bringen wir regstes Interesse entgegen. Die Arbeit an der Schule wird durch die Lehrerräte eine gute Unterstützung finden. Sie sind auch bei der Ernennung von Kreisschulinspektoren zu hören. Ihre Mitwirkung bei Disziplinarsachen soll noch erweitert werden. Für die Mitarbeit von Lehrern bei der Regierung als Hilfsarbeiter hat der Finanzminister Mittel zur Verfügung gestellt. Eine Durchführung soll zunächst erfolgen in Arnsberg, Münster, Frankfurt, Oppeln und Berlin. Es ist berechtigt, daß die Leitung der Provinzialschulkollegien nur Fachleuten übertragen wird. Den Wünschen auf Aenderung der Ortsschulinspektion wird Rechnung getragen. Die Anfangs- und Schlußstunden für kirchlichen Unterricht freizugeben, soll ausnahmsweise gestattet werden. Die Lehrerbesoldung wird mit dem am 1. April 1920 in Kraft tretenden Beamtenbesoldungsgesetz verbunden. In der Frage des Zölibats der Lehrerinnen wird die Regierung Entgegenkommen zeigen. An der Volkshochschule werden Lehrer aller Kategorien, besonders auch die Volksschullehrer, mitarbeiten. Kurse für Volkshochschullehrer sollen in den einzelnen Provinzen abgehalten werden.

Abg. Frau **Stoffels** (Zentr.): Die besonderen Bedürfnisse der Mädchenerziehung würden unter einer Gemeinschaftserziehung leiden. Wir sind gegen die Aufhebung des Zölibats der Frau. Ein Konflikt zwischen Mutter- und Berufspflichten würde sich daraus ergeben.

Abg. **Otto**-Charlottenburg (Dem.): Die Erklärungen des Ministers über die Lehrerbesoldung haben uns nicht befriedigt. Wir wünschen eine raschere Gehaltsregulierung, möglichst bis zum 1. Januar. Ein besonders warmes Wort möchte ich einlegen für die Versorgung der Kriegsseminaristen.

Ministerialdirektor **Kästner**: Die Regierung erstrebt die Neuordnung der Lehrerbesoldung besonders auch dahin, daß die Lage der Landlehrer sich erheblich bessert. Wir müssen aber erst die Entschließungen des Reichs abwarten.

Abg. **Hennig** (U. Soz.): Die Maßnahmen des Ministers bedeuten keine sozialistische Schulreform; er diskreditiert den Sozialismus.

Abg. **Herrmann** (Dnatl.): Die Landschule erfüllt ihre Aufgabe nicht, weil die Schule nicht Staatsschule ist. Wir wünschen nicht eine einseitige Fürsorge für die Industriearbeiter mit ihren längst überflüssig gewordenen Arbeiterräten, sondern Berücksichtigung auch der Lehrer, denen der Staat seine Blüte in erster Linie verdankt. Vor allem müssen die drei Millionen Landkinder berücksichtigt werden. Der Lehrer, auch der pensionierte, ist materiell besser zu stellen. Zu pflegen ist vaterländisches Pflichtgefühl, Achtung des geschichtlich Gewordenen und Erziehung zu christlicher Liebe und Opferwilligkeit. (Beifall rechts.)

Abg. **Hollmann** (D. Vp.): Wir brauchen einen hochgebildeten Lehrerstand, der zufrieden ist, die notwendige Freiheit hat, um freudig seine Pflicht tun zu können. Freilich bei der jetzigen Not, die auf der geistigen Arbeit des Mittelstandes ruht, kann man geradezu von Verelendung sprechen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Kleine Anfragen und kleine Etats.

Schluß ½6 Uhr.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 6. Dezember.

Zu Beginn der Sitzung am Sonnabend erinnerte Präsident Fehrenbach daran, daß an diesem Tage vor 25 Jahren der Reichstag zum ersten Male sein jetziges Haus bezogen habe, und gedenkt derjenigen Mitglieder der Nationalversammlung, die dieser ersten Sitzung beigewohnt haben; es sind zwanzig Abgeordnete, u. a. vom Zentrum Spahn, die Demokraten Haußmann, Pachnicke, v. Payer, die Sozialdemokraten Fischer, Legien, Molkenbuhr, die Unabhängigen Geyer, Wurm, Zubeil.

Sodann wird ein Gesetzentwurf, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, das Gesetz über Zahlung der Einfuhrzölle in Gold einstweilig aufzuheben, in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Zu den

Steuervorlagen

erhält dann das Wort der

Abg. **Düringer** (Dnatl.): 99 Prozent der Abgeordneten dürften in den Inhalt der Vorlagen noch nicht eingedrungen sein. (Sehr wahr! rechts.) Der Minister hat seine Begabung für das Finanzgebiet doch erst vor einem halben Jahre entdeckt. Darum stehen wir seinem Finanzgenie etwas skeptisch gegenüber. (Zustimmung rechts.) Sein Optimismus in der auswärtigen Politik hat eine grausame Enttäuschung erfahren. Wir fürchten das Eindringen der Korruption in unseren bisher so pflichttreuen Beamtenstand. Die Reichssteuerschraube wird die Reichsfreudigkeit nicht erhöhen. (Sehr gut! rechts.) Das Ausland betrachtet Erzbergers Plan als den Ruin des deutschen Wirtschaftslebens. (Sehr richtig!) Wir können dem Reichsnotopfer erst zustimmen, wenn die Entente sich bindend verpflichtet hat, seinen Ertrag nicht zu beschlagnahmen.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Es werden alle Maßnahmen getroffen werden, um die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland zu festigen. Wenn Sie (nach rechts) dann behaupten, daß das Reich der Exekutor ist, so ist das sachlich nicht begründet, sondern eine rein parteipolitische Agitationsphrase. (Zustimmung im Zentrum und links.) Bei den Steuergesetzen haben wir auf das Wirtschaftsleben Rücksicht genommen, aber auch darauf, daß unter allen Umständen 24 Milliarden aufgebracht werden müssen. Aus der Not der Zeit heraus ist es uns einfach vorgeschrieben, daß mindestens 24 Milliarden aufgebracht werden müssen. Wenn Ihnen 1½ Prozent der Umsatzsteuer zu gering ist, wenn Sie von der Rechten zwei Prozent beantragen, wird der Reichsfinanzminister wiederum dafür nicht unzugänglich sein. Bei der wirtschaftlichen Lage in Deutschland können wir gar nicht an die Einführung höherer indirekter Steuern denken, ehe nicht nachgewiesen ist, daß die direkten Steuern bis zur Höchstgrenze ausgebaut sind. — Das hier mitgeteilte Gutachten des Reichsjustizministers hat den einen Wert, daß niemand mit gutem Gewissen und Recht behaupten kann, daß infolge des Friedensvertrages die Entente ein Anrecht auf irgend eine Steuer habe. Das gilt nicht nur vom Reichsnotopfer, sondern auch von jeder anderen Steuer.

Ich stelle fest, daß eine Besserung in unserem wirtschaftlichen Leben in letzter Zeit eingetreten ist. Die einzige dunkle Stelle ist jetzt das Verkehrswesen. (Sehr wahr!) Der Glaube an das deutsche Volk — das ist kein leichtfertiger Optimismus — kann durch keine Rede der Rechten aus meinem Herzen gerissen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Becker**-Hessen (D. Vp.): Wir sind der Ansicht

Zeichnungsschluß: 10. Dez. 1919 • **Einzahlungstermin:** 1.–8. Januar 1920 • **1. Ziehung:** März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:

10	Gewinne zu Mark		1000000	Mark	10000000
10	"	" "	500000	"	5000000
10	"	" "	300000	"	3000000
10	"	" "	200000	"	2000000
20	"	" "	150000	"	3000000
40	"	" "	100000	"	4000000
100	"	" "	50000	"	5000000
200	"	" "	25000	"	5000000
400	"	" "	10000	"	4000000
600	"	" "	5000	"	3000000
800	"	" "	3000	"	2400000
800	"	" "	2000	"	1600000
2000	"	" "	1000	"	2000000
5000	Gewinne			Mark	50000000

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.—8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.

daß man versuchen muß, das Notopfer durch eine Zwangsanleihe zu ersetzen. Für die Kommissionsberatung sollten wir die Steuergesetze nicht auseinanderreißen; sie sollten in einer Kommission beraten werden. Der Besitz muß bei der Beseitigung der Finanznöte mithelfen, aber die Wirtschaft darf nicht zugrunde gerichtet werden.

Abg. **Wurm** (U. Soz.): Die Staffelung der Einkommensteuer ist viel zu sanft, mit 60 Prozent werden erst ganz hohe Einkommen belastet, die könnten noch viel höher besteuert werden zugunsten der unteren Schichten. Die Steuereinziehung durch den Arbeitgeber ist unbedingt abzulehnen. Den Gemeinden muß das Recht bleiben, Zuschläge zu den Einkommensteuern zu erheben.

Abg. **Heim** (wild): Es gibt Gegenden in Deutschland, denen der Steuerstreik nicht fern steht. Das Volk will wissen, daß die Steuern einen Zweck haben. Ehe die Steuern perfekt werden, ist das Geld schon verpulvert. Neben dem Notopfer des Besitzes brauchen wir das Notopfer der Arbeit. Ohne den Aufbau der Wirtschaft ist die ganze Steuerarbeit eine Danaidenarbeit.

Die Aussprache schließt. Die drei Vorlagen gehen an die 10. Kommission.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. — Zweite Sitzung: 2 Uhr. Anfragen; 2. Beratung des Notopfers.

Schluß ¾7 Uhr.

Deutsches Reich.

— Der Belagerungszustand über Berlin und Umgebung ist durch Beschluß der preußischen Regierung aufgehoben worden.

— Die erste Thüringer Landessynode beschloß einstimmig den Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Meiningen, Altenburg, Gotha, Rudolstadt und Sondershausen zu einer einheitlichen Thüringer Volkskirche.

— Zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen soll der ehemalige sozialdemokratische Parteisekretär und bisherige Staatskommissar für Oberschlesien, Friedrich Hörsing, ernannt werden.

— Zum Regierungspräsidenten in Magdeburg ist der bisherige Oberbürgermeister von Kattowitz, Pohlmann, ausersehen.

— Die in den dänischen Hoheitsgewässern aus Anlaß der englischen Ostseesperre festgehaltenen deutschen Segler sind nunmehr endlich freigegeben worden.

•

:: **Verschleppung deutscher Kriegsgefangener nach Polen?** An der Holtenauer Schleuse im Nordostseekanal traf der jetzt unter englischer Flagge fahrende deutsche Dampfer „Santa Elena", von England kommend, ein, auf dem sich nach Angabe der englischen Waffenstillstandskommission 600 Polen und Russen befinden sollten. Tatsächlich handelte es sich um 600 deutsche Kriegsgefangene, die über Danzig nach Polen verschleppt und offenbar in die polnische Armee zwangsweise eingereiht werden sollten. Schon bei Brunsbüttel gelang es fünf Mann, zu desertieren, und an der Holtenauer Schleuse noch einem. Sechs bis acht bewaffnete polnische Soldaten wurden den Flüchtlingen nachgeschickt, aber von den Beamten der Schleuse zurückgewiesen. Das Kommando der Ostseestation verfügte, daß der Dampfer solange festgehalten werden solle, bis der Vorfall aufgeklärt sei. Die Offiziere der Ostseestation begaben sich an Bord des Dampfers und verhandelten mit dem Kapitän. Das Ergebnis war, daß 500 deutsche Kriegsgefangene ausgeschifft wurden. Der Kapitän protestierte gegen die Freilassung der Soldaten, die jedoch mit klingendem Spiel nach dem Wiek marschierten. Sie wurden nach dem Lockstedter Lager gebracht, um dort in Quarantäne zu gehen. Das Schiff hat den Hafen verlassen und fährt nach Stettin und Danzig weiter.

:: **Polnische Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.** Im Laufe der nächsten Woche sollen gegen 120 000 polnische Arbeiter durch Süddeutschland in das französische Wiederaufbaugebiet befördert werden. Die Transporte haben bereits begonnen. Die bayrische Eisenbahnverwaltung hat trotz der starken Belastung, die der Betrieb angesichts der in Bayern herrschenden Kohlennot durch die Transporte erleidet, eingewilligt, daß diese ihren Weg über die böhmische Grenze nehmen, in der Hoffnung, daß durch die Verwendung polnischer Arbeiter im Wiederaufbaugebiet die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen beschleunigt wird.

:: **Das Streikrecht der Beamten.** Ueber das Streikrecht der Beamten äußert sich einer Nachrichtenstelle zufolge eine Verfügung der Staatsregierung, in der es heißt: „Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht . . . Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror einzelner zu schützen."

:: **Die Auslieferungslisten mit Begründung.** Nach Pariser Meldungen wird die Ueberreichung der drei Auslieferungslisten, die von den alliierten Untersuchungskommissionen angefertigt werden, frühestens im Januar an die deutsche Regierung erfolgen. Die Listen werden vor der Ueberreichung den Parlamenten der alliierten Staaten zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt. Die Schuld jeder auf der Liste stehenden Person soll ausführlich begründet werden.

:: **Der Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses.** Alle namentlich im Ausland verbreiteten Meldungen, wonach der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten nicht fortzuführen gedächte, sind aus der Luft gegriffen. Es besteht vielmehr die Absicht, mit aller Energie die dem Untersuchungsausschuß aufgetragenen Arbeiten zu Ende zu führen.

:: **Der Reichswirtschaftsrat.** Das Reichskabinett wird sich in allernächster Zeit mit einem Entwurf einer Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat beschäftigen. Der Reichswirtschaftsrat soll sich aus 200 Mitgliedern zusammensetzen; von diesen werden 146 aus den eigentlich produktiven Berufsgruppen stammen, von den verbleibenden 54 Sitzen sollen die Verbraucher 20, die Beamten und die freien Berufe 12 erhalten. 10 Mitglieder sind vom Reichsrat zu ernennen, und zwar sind als solche Persönlichkeiten vorgesehen, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Landesteile besonders vertraut sind. Auch die Reichsregierung hat das Recht, 12 wirtschaftlich prominente Persönlichkeiten zu ernennen.

Rundschau im Auslande.

‡ In einem Erlaß der Wiener Regierung wird dem Landtag von Vorarlberg die Anwendung gesetzlicher Mittel zum Anschluß an die Schweiz freigegeben.

‡ In Klausenburg in Siebenbürgen ist ein Aufstand ausgebrochen, der sich gegen den rumänischen Staat richtet.

‡ Die französische Regierung hat beschlossen, die Kriegsgefangenen so lange im Wiederaufbaugebiet zu verwenden, bis ihr Ersatz durch freiwillige deutsche Arbeitskräfte erfolgt ist.

‡ Der Oberste Rat hat beschlossen, daß einige kleine Schiffe, die von den bei Scapa Flow versenkten deutschen Schiffen gerettet worden sind, den kleinen Verbandsmächten gegeben werden sollen.

•

Ungarn: Ungarns Antwort an Clemenceau.

‡ Auf das Telegramm des Obersten Rates der Pariser Friedenskonferenz, in dem die Friedensdelegierten Ungarns zur Friedenskonferenz berufen werden, sandte Ministerpräsident Huszar zwei Telegramme an Clemenceau. Im ersten erklärte die ungarische Regierung, so rasch wie möglich dem Ansuchen folgen zu wollen. In dem zweiten Telegramm heißt es: Die ungarische Regierung hält es für außerordentlich wichtig, daß die öffentliche Meinung sich frei äußern könne und die Regierung auf den schweren Wegen des Friedens sozusagen leite. Eine Aeußerung der öffentlichen Meinung ist aber durch die Tatsache verhindert, daß große Gebiete des Landes noch unter fremder Besetzung leiden. Der Oberste Rat würde die Aufgabe der Regierung bedeutend erleichtern, wenn er anordnen würde, daß sich die Besatzungstruppen — besonders sind die Rumänen noch sozusagen im Herzen Ungarns — sofort auf eine durch ihn zu bestimmende Linie zurückziehen sollen. Der Oberste Rat könnte zur Beruhigung der Gemüter, welche so notwendig sein würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen, wirksam beitragen, wenn er Kommissionen nach Siebenbürgen, Nordungarn und schließlich nach Südungarn entsendete, damit diese sich an Ort und Stelle über die Gewalttätigkeiten, deren Opfer die ungarische Bevölkerung wurde, überzeugen und für die Beseitigung der Mißstände Sorge tragen könnten.

Südslawien: Zugeständnisse der Friedenskonferenz.

‡ Der Oberste Rat genehmigte in Uebereinstimmung mit den südslawischen Delegierten gewisse Aenderungen, namentlich betreffs der Vorrückung des Termins der Zahlungen, welche Südslawien aus dem Gesamtbetrag der ihm geschuldeten Wiedergutmachungssumme gemacht werden sollen. Diese Aenderungen werden in Form einer Erklärung niedergelegt, die von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten und den serbo-kroatisch-slowenischen Delegierten unterzeichnet werden wird. In Anbetracht dieser Erklärung haben die Serben das Zustimmungsprotokoll zum Vertrag von St. Germain, zum Minderheitsvertrage und zu dem beigefügten finanziellen Abkommen unterzeichnet. Gleichzeitig erfolgte auch die Unterzeichnung des Vertrages mit Bulgarien.

tk. **Präsident Poincare** erklärte einem südamerikanischen Journalisten über seine bevorstehende Rückkehr ins Privatleben, daß er, nachdem er das Elysee verlassen haben werde, wieder einfacher Bürger werde, der seinen Beruf und seine freie Meinung wieder gewinne. Er müsse für seinen Lebensunterhalt arbeiten und werde möglicherweise vorerst nur schriftstellern, später aber auch vielleicht seine Tätigkeit als Advokat wieder aufnehmen. Allerdings könne er vor Richtern, die er selbst ernannt habe, nicht auftreten, er werde deshalb vielleicht nur die Prozesse, bei denen ein großes moralisches Interesse auf dem Spiele stehe, annehmen. Auch die Möglichkeit, wieder Minister zu werden, allerdings nachdem er erst Senator geworden sei, weist Poincare nicht von der Hand.

Herzliche Weihnachtsbitte der Krüppelanstalten in Volmarstein i. W.

Wer hat noch ein gebefrohes Herz
trotz bittrer Sorge allerwärts?
Wer denkt in frühem Frost und Schnee
An unser Volmarsteiner Weh?
Wen macht die Liebe stark und heiß,
wo sie dem Elend zu helfen weiß?
Wer lehrt uns singen in trüber Zeit,
freue, freue dich, o Christenheit?
O laßt Euch werben zur Liebespartei
und traget Licht und Freude herbei!
Es gilt, für die Krüppel groß und klein
zu schenken Trost und Weihnachtsschein.
Ein Herz, das in heller Liebe brennt,
auch flink die rechte Gabe kennt
für Krüppelkinder und Krüppelsoldaten.
Ich könnte euch manchen Wunsch verraten
aus unserm Bethanien und Frauenheim
und aus dem ganzen Krüppelheim.
Doch rate selbst und warte nicht lang
und folge dem ersten, liebenden Drang!
Ein jedes Opfer, in Liebe gebracht,
schmückt Dir und uns die heilige Nacht.

Volmarstein, Ende November 1919.

Postscheckkonto Köln Nr. 29 490.

Pastor Victor, Leiter der Anstalten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Städtischer Lebensmittelverkauf** in der Woche vom 8. 12. bis 14. 12. Auf Marke 28: 60 Gr. Inlands-Margarine 59 Pfg. für 60 Gr.; auf Marke 29: 40 Gr. holländische Margarine 52 Pfg. für 50 Gr., Mittwoch, Donnerstag, Freitag in den Städt. Butterläden. Auf Marke 32: 50 Gr. Kokosfett 1.05 ℳ für 50 Gr., Mittwoch 2 Uhr und Donnerstag in den Schlachterläden. Auf Marke 7: 125 Gr. Nudeln, 66 Pfg. für 1 Pfd., 10. 12. auf Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Marke 9: 500 Gr. ausländisches Gerstenmehl, 10. 12. auf Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Marke 8: 1 Brief Süßstoff, 10. 12. in den Bielefelder Apotheken. Reichsfleischkarte wird noch besonders bekannt gegeben. Magermilchkarte Marke 8: bis ¼ Liter je nach Eingang, 50 Pfg. für 1 Liter, in den bekannt gegebenen Zeiten in den Städt. Butterläden.

Letzte Nachrichten.

Die Haltung Englands in der Friedensfrage.

Der britische Minister Bonar Law erklärte in Glasgow unter Bezugnahme auf die bestehenden Zweifel, ob Deutschland den Friedensvertrag ratifizieren werde, Großbritannien und seine Verbündeten hätten die Macht und würden sie, wenn nötig, gebrauchen, um durchzusetzen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nicht nur ratifiziert, sondern auch in Anwendung gebracht würde. Ein genügend großer Teil des britischen Heeres sei bestehen geblieben, um die Bedingungen des Friedensvertrages durchzusetzen.

Die Friedensbedingungen der Sowjetrepublik.

Wie der Amsterdamer „Telegraaf" meldet, bringt ein drahtloses Telegramm aus Moskau eine offizielle Mitteilung über den demnächst in Moskau stattfindenden Sowjetkongreß: darin heißt es: „Der siebente Sowjet-Kongreß tritt in einem Augenblick zusammen, in dem das Rote Heer auf allen Fronten Erfolge davonträgt und infolge der Vernichtung aller unserer Feinde der Bürgerkrieg seinem Ende entgegengeht. Die Entente denkt an Waffenstillstand mit Sowjet-Rußland. Wir werden Frieden schließen, aber unter der Bedingung, daß die Entente sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischt. Wir sind bereit, Zugeständnisse zu machen, werden aber keinen Frieden unterzeichnen, durch den wir untergraben werden. Die Regierung der Bauern und Arbeiter ist und wird stets die einzige Gewalt in dem arbeitenden Rußland sein."

Verschärfung der mexikanischen Krise.

Der Gouverneur von Texas hat Befehl erteilt, daß sieben Schwadronen der leichten Reiterei des Staates Texas auf Kriegsstärke gebracht werden. „New York Times" meldet, die Vereinigten Staaten würden, wenn nötig, bewaffnete Gewalt anwenden, um Mexiko zu zwingen, Schadenersatz zu leisten.

** **100 silberbeschlagene Pferdegeschirre** aus dem ehemaligen kaiserlichen Marstall sind von Einbrechern aus dem Eisenbahnfuhrpark in Berlin gestohlen worden. Es sind teils neue, teils schon gebrauchte. Die Einbrecher nahmen außerdem noch Pferdedecken und Koppelzeug mit. Die Eisenbahndirektion Berlin, die auf die Wiederbeschaffung der Geschirre großen Wert legt, hat dafür eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover

Am Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr
Versammlung des Deutsch-nationalen Volksvereins
im Speisesaal von Groß-Bethel.
Vortrag von **Herrn Pastor Dietrich:**
Das neutrale Ausland und wir.
Vier Stunden beim deutschen Kaiser in Holland.
Gäste, Frauen und Männer, sind herzlich willkommen.

Alleinvertretung
im Kreise Bielefeld für einen neuen Stahlband-Kistenverschluß der Mestern-Ventilator Gesellschaft zu vergeben. Offiziere a. D. bevorzugt.
Herber, Major a. D.,
Generalvertreter.
Minden, Göbenstraße 22.

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werk von Chemikern 1. Ranges Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co.** Verlagsbuchhandlung, **Berlin** FA 14, Annenstr. 24.

Evangel. Kirchenbeamter
(kriegsbesch.), verh. 28 J. alt, bisher bei Kirchengemeinden als Buchhalter und Kassierer tätig, sucht, da die jetzige Gemeinde das Gehalt für einen verheirateten Beamten nicht aufbringen kann, ebenfolche Beschäftigung bei einer anderen Kirchengemeinde oder als Rendant bei bestehendem bezw. neueinzurichtendem Gemeindeamt. Selbiger ist befähigt, ein ev. Gemeindeamt einzurichten unter Berücksichtigung der heutigen Zeitverhältnisse. Zeugnisse und Empfehlungen stehen zur Verfügung. Angebote unter Angabe, welches Gehalt voraussichtlich gezahlt werden kann unter **H. W.** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Die große Schar
unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu gedenken. — Freundliche Spenden nimmt dankbarst entgegen D. **H. Braun**, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, **Angerburg**, Ostpr. Postscheckkonto Königsberg 2423.)

Billige Uhren

echt Silber 38,—
Nickel . . . 26,—
Weckuhren 18,—
Alles Friedensware.
Uhren-Klinik
Bernh. Dierse,
Rentefür. 7.

Zerrissene Strümpfe,
Wolle, Baumwolle, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.